

## „10 Prozent mehr Grundlohn“

erstellt: 11. März 2019, 15:17 In: News, Wirtschaft | Kommentare : 27



Riccardo Dello Sbarba, Brigitte Foppa und Hans Peter Staffler

### Die Grünen fordern eine Lohnerhöhung für den öffentlichen Sektor um 10 Prozent sowie Landeszusatzverträge und einen Mindeststundenlohn für den Privatsektor.

In Südtirol liegen die Lebenshaltungskosten 20% über dem italienischen Durchschnitt, wogegen Löhne und Gehälter nur rund 6% über dem gesamtstaatlichen Schnitt liegen (Quellen: AFI und INPS). Diese besondere Situation erfordert laut den grünen Landtagsabgeordneten Brigitte Foppa, Riccardo Dello Sbarba und Hans Peter Staffler auch „besondere Maßnahmen zugunsten aller Beschäftigten“.

„Für den Privatsektor ist es endlich an der Zeit, Landeszusatzverträge zu verhandeln und für den öffentlichen Sektor muss nach vielen Jahren Stillstand, der wirtschaftliche Teil des Kollektivvertrages (BÜKV) dringend nachgebessert werden“, so die Forderung der Grünen.

Konkret schlagen die Grünen vor:

#### Für den öffentlichen Sektor:

Das Land Südtirol müsse umgehend die Kollektivvertragsverhandlungen auf bereichsübergreifender Ebene für den öffentlichen Dienst aufnehmen und innerhalb des Jahres 2019 den wirtschaftlichen Teil verhandeln. Das Ziel müsse die Erhöhung der Grundentlohnung von mindestens 10 Prozent für alle Funktionsebenen sein. Zehn Prozent als Richtwert deshalb, weil dies dem Kaufkraftverlust entspricht, der im Zeitraum 2009-2016 noch nicht über Lohnsteigerungen ausgeglichen wurde (Quelle: Amt für Arbeitsmarktbeobachtung, ArbeitsmarktNews 11/2018), so die Grünen.

Für den privaten Sektor: Das Land Südtirol müsse die Sozialpartner an einem Tisch versammeln, um eine Rahmenvereinbarung zu beschließen, die folgende Punkte beinhalten soll:

1. Die Festsetzung eines *Südtiroler Mindeststundenlohns*, welcher es den ArbeiterInnen ermöglicht, mit ihrem Gehalt ohne Schwierigkeiten und in Würde bis ans Monatsende zu kommen
2. Die Eröffnung von Verhandlungen über territoriale Zusatzverträge, welche zur Besserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse der Angestellten beitragen sollen
3. Anreize für die Wirtschaft an die Bedingung des Abschlusses von territorialen Zusatzverträgen und an die Einführung des Südtiroler Mindeststundenlohns zu knüpfen

Um diese Ziele zu erreichen, wird die Grüne Fraktion in der März-Landtagswoche zwei Beschlussanträge zur Wahl bringen.